

## Newsletter Ralph Lenkert / 4 / 2011

Liebe Leserinnen und Leser,

mein Newsletter in dieser Woche sollte sich eigentlich den Themen Rentengerechtigkeit und dem Bio-Sprit SuperE10 widmen.

Aufgrund der Atom-Katastrophe in Japan möchte ich jedoch das Thema Atomkraft und Atomausstieg voran stellen:

Die Ablehnung von Atomkraftwerken durch DIE LINKE erfährt durch die tragischen Ereignisse in Japan ihre Bestätigung. Selbst die beste Technik, die konsequenteste Planung, kann nur Ereignisse ausschließen, mit denen man rechnet. Niemand ist davor geschützt, Faktoren zu vernachlässigen. Als Maschinenbauer lernte ich deshalb eins: vermeide unnötige Risiken, egal wie klein sie scheinen. Inzwischen ist bekannt, dass man Atomkraft ersetzen könnte. DIE LINKE wird ihr Energiekonzept überarbeiten und dabei europäisch denken müssen. Der Atomausstieg muss erfolgen, beginnend in der Bundesrepublik, folgend in den Industriestaaten und schließlich weltweit. Ich fordere ein internationales Moratorium zum sofortigen Stopp des Baues neuer Atomkraftwerke als Einstieg in den weltweiten Ausstieg und ein Ausstiegsprogramm der Bundesregierung, damit spätestens 2016 das letzte deutsche Atomkraftwerk abgeschaltet werden kann.

Über die parlamentarische Auseinandersetzung im Bundestag und die Aktivitäten der LINKEN werde ich Sie demnächst auf diesem Wege weiter informieren.

Ich wünsche Ihnen Alles Gute!

Ralph Lenkert

## **Rentenunrecht Ost-West bleibt weiter bestehen!**

Mit dem Hinweis auf ein irgendwann zu schaffendes einheitlichen Rentensystems in Ost und West lehnten CDU, FDP und die meisten Abgeordneten von SPD und Grünen am 24.02.2011 19 Anträge zur Rentengerechtigkeit der Fraktion DIE LINKE ab.

Es ist ein trauriges Kapitel der deutschen Wiedervereinigung, wenn auch nach zwei Jahrzehnten etliche berechnete Rentenansprüche ehemaliger DDR-BürgerInnen immer noch nicht anerkannt werden! Ich habe den Eindruck, die anderen Parteien setzen auf die „biologische Lösung“. Nur gewonnene Klagen vor dem Verfassungsgericht brachten bisherige Regierungen der Bundesrepublik dazu, einige Ungerechtigkeiten der Rentenüberleitung zu korrigieren.

Seit Jahren kürzen deutsche Regierungen das Rentenniveau. Rente mit 67 und der „demographische Faktor“ sind nichts anderes als ein gigantisches Rentenkürzungsprogramm. Davon sind alle aktuellen und zukünftigen Rentner betroffen.

Das erklärt auch, weshalb den Betroffenen, das sind beispielsweise geschiedene Frauen, Krankenschwestern, Balletttänzer, Ingenieure, Professorinnen und Polizisten, erneut die Anerkennung ihre Lebensleistung durch eine gerechte Rente verweigert wurde.

Da alle Parteien (außer der LINKEN) die Ungerechtigkeiten zu vertreten haben, verhindern sie jetzt in trauriger Eintracht die Korrektur der Fehler der Rentenüberleitung im Zuge der Einheit.

Um ein Beispiel für die Ungerechtigkeiten zu beschreiben: Facharbeiter oder Ingenieure als Forschungsstudenten hatten nach Feierabend und am Wochenende für einen höheren Abschluss gerackert und natürlich Rentenbeiträge gezahlt. Aber wie ist dann die Rentenwirkung? Es wird behauptet, sie seien ausschließlich Studenten gewesen und die Beiträge müssen falsch eingetragen sein. Also erfolgt keine Anerkennung für die Rente. Selbst so offensichtliche Fehler werden ignoriert. Gezahlte Zusatzbeiträge und zugesagte Rentenzuschläge wie bei Krankenschwestern werden nicht anerkannt. Falls doch, dann nur, weil Betroffene bis vor das Verfassungsgericht klagten und gewannen.

Diese Ungerechtigkeiten werde ich weiter ansprechen und bekämpfen genau wie die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre.

## **SuperE10 stoppen!**

Der neue Kraftstoff SuperE10 sorgt derzeit für viel Verunsicherung unter den Autofahrern. Leider konnte ich die Fraktionen im Bundestag (siehe Rede vom 08.10.2010) nicht überzeugen, auf die Einführung des Bio-Sprits zu verzichten. Bei der Abstimmung waren CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis90/Die Grünen für das Gesetz. DIE LINKE hat sich enthalten.

Welche Gründe bewogen mich, gegen E10 zu sein?

1. Weil in Europa wegen steigender Biogasnutzung, Lebensmittelproduktion und wachsendem Bedarf an Agrarrohstoffen für die Industrie bereits heute keine ausreichenden Flächen mehr zur Verfügung stehen, wird immer mehr Biomasse und auch der Alkohol aus der 3. Welt importiert. Da die Mineralölkonzerne den Alkohol verpflichtend brauchen, kaufen sie die notwendigen Agrarpflanzen auf. In den Entwicklungsländern führt dies zur Umstellung der Nahrungsproduktion auf Energiepflanzenanbau. Die Nahrungsmittelpreise steigen und soziale Unruhen werden zunehmen. Es ist für mich nicht akzeptabel, dass einerseits Menschen verhungern und wir Lebensmittel in noch größerem Umfang verbrennen.
2. Die Beimischung von Bioalkohol erhöht die Kosten für die Benzinherstellung, weil Alkohol noch mehr kostet als Benzin und das Einmischen auch Geld kostet. Steigende Benzinpreise sind die Folge.
3. Die gesamte Umweltbilanz zumindest zweifelhaft ist.
4. Die Zahl der Motorschäden wahrscheinlich zunimmt und gerade die nicht so reichen Nutzer älterer Fahrzeuge zum Kauf eines Neuwagen gezwungen werden, den sie sich nicht leisten können.

Was wären aus meiner Sicht sinnvolle Alternativen?

Wir müssen den Verkehr verringern und die Verlagerung von Transporten auf die Schiene erreichen und den Öffentlichen Nahverkehr ausbauen, z.B. die Mitte-Deutschland-Verbindung (zwischen Gera-Jena-Weimar). So können Klimaschutzziele auch erreicht werden.

Wieso beharrt die Bunderegierung auf E10?

Im Schatten des Umweltschutzes wird hier die Kasse des Staates verbessert. Es trifft zwar alle Autofahrer, aber effektiv trifft es die Reichen natürlich kaum im Verhältnis zu allen anderen Bürgern.

Wenn man vom offiziellen Mehrverbrauch von 2% ausgeht, bedeutet dies, dass allein eine Million Liter Treibstoff täglich mehr verbraucht wird. Das ergibt etwa 650.000 € zusätzliche Mineralölsteuer je Tag (230 Mio. € im Jahr). Hinzu kommen die zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen durch das insgesamt höhere Preisniveau. Schäuble verdient hier die „Nothilfen für die Banken“. Die Autoindustrie wird an den kaputten Motoren verdienen, an notwendigen Neuwagen, und die Ölkonzerne haben eine gute Ausrede für die nächste Preisrunde.

Bezahlen werden wir es, liebe Leserinnen und Leser, mit höheren Tankkosten und steigenden Lebensmittelpreisen. Schade, dass ich nichts erfreulicherer Schreiben konnte.

Ihr

Ralph Lenkert